

## Leserbrief zum Artikel MM v.26.7.2006 „Stadtbahnring findet keine Mehrheit“

Die Entscheidung der CDU, der ML und der FDP im Mannheimer Gemeinderat gegen die Stimmen der SPD und der Grünen die Befahrung des Ringschlusses zwischen Neuostheim und Neuhermsheim abzulehnen, ist ein herber Schlag ins Gesicht der Bewohner der Stadtteile. Es übersteigt die politische Vorstellungskraft, wenn man vor Jahren in Werbeprospekten und in Bezirksbeiratssitzungen den Ringschluss der Straßenbahnlinie vollmundig ankündigt, die Streckenführung bauen lässt und jetzt beschließt, die Linie trotz vorhandener Gleise nicht im Ringschluss zu befahren, weil dies zu teuer sei. Die Diskussion über den Ringschluss im Mannheimer Osten zeigt auch wiederum die Grundsätzlichkeit des Problems. Die Frage der Mobilität der Bürger unserer Stadt gehört, neben der Bildung, vorausschauender Finanzpolitik und konstruktiver Wirtschaftsförderung, zu den wichtigsten Feldern zukunftsweisender Kommunalpolitik. Wir sehen unsere Heimatstadt Mannheim als Stadt der Stadtteile. Gerade deswegen muss gewährleistet sein, dass sämtliche Stadtteile mit dem Stadtzentrum und auch untereinander eng durch den Öffentlichen Nahverkehr vernetzt sind. Nur so funktioniert der Austausch zwischen den Stadtteilen, was auch im Besonderen für den Stadtteil Neuostheim/Neuhermsheim gilt. Für große Teile der Bevölkerung, gerade für die ältere Generation und Jugendliche ist die Straßenbahn das wichtigste Verkehrsmittel, um am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Stadt Mannheim hat diesbezüglich enormes geleistet, z.B. hat man den Ausbau der Linie 7 nach Neckarau erfolgreich vorangetrieben. Auch die neue Straßenbahnlinie nach Neuhermsheim kann zu Recht als Erfolg gesehen werden. Deswegen ist es unverständlich, dass nun auf halbem Wege stehen geblieben wird. Im Falle Neuostheims wird sogar die Ankoppelung an den innerstädtischen Bereich deutlich verschlechtert. Dabei wird argumentiert, dass sich die Anbindung wirtschaftlich nicht rechnet. Den handelnden Personen muss klar werden, dass Mobilität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge frei von Sparzwängen beurteilt werden muss. Man kann nur hoffen, dass die Bürger zusammen mit den engagierten Bezirksbeiräten vor Ort weiterhin an der Befahrung des Ringschlusses festhalten und letztendlich doch erfolgreich sind. Die Unterzeichner schlagen vor, zumindest probeweise für ein halbes Jahr den Ringschluss und dessen Akzeptanz in der Bevölkerung zu testen.

Lothar Mark, Mitglied des Deutschen Bundestages und Bürgermeister a.D.  
Boris Weirauch, SPD-Vorsitzender Mannheim-Ost